

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

«Ein Rücktritt mit Signalwirkung»

Rudolf Friedrich geht als der Bundesrat mit der kürzesten Amtszeit aller bisherigen Regierungsmitglieder in die Geschichte des Bundesstaates ein. Darin schlägt sich ein Stück echter menschlicher Tragik nieder, denn Bundesrat Friedrich, der im Vorfeld seiner Wahl zum eigentlichen «Buhmann» der versammelten Linken und des entsprechenden Teils der Medien emporstilisiert worden war, hatte sich schon rasch nach Amtsantritt allseits Respekt verschafft. In seinem Departement gewann er die Mitarbeiter mit seiner ruhigen, präzisen Art sofort für sich. In Parlament und Öffentlichkeit fanden seine prägnanten, kristallklaren Voten und Reden auf Anhieb ungeteilte Aufmerksamkeit.

Bundesrat Friedrich war kein Magistrat «zum Anfassen», und er wäre es auch bei längerer Amtszeit nicht geworden. Aber er war ein Staatsmann, der seinem Amt Stil und Würde gab. Und er erkannte auch rascher und klarer als andere, dass die an sich längst bekannten Schattenseiten unseres politischen Systems zum Teil akuter sind, als der Bundesrat und das Parlament normalerweise wahrhaben wollen. So versuchte er, jene praktischen rechtspolitischen Konsequenzen aus dem allgemeinen Malaise über die überreglementierte Gesellschaft zu ziehen, um die man sich bisher in der Praxis trotz allen beschwörenden Sonntagsreden über

«Weniger Staat» nicht ernsthaft genug bemüht hat. In einem öffentlichen Vortrag in Zürich prägte er in diesem Zusammenhang die Formel vom schweizerischen Rechtswesen als einer im liberalen Sinne grundsätzlich unvollständigen Ordnung, deren Lücken wieder vermehrt im Geiste der Eigenverantwortung und nicht mit überperfektionistischer Legiferierung zu füllen seien.

Rudolf Friedrich sah aber auch etwas anderes: Dass nämlich die Arbeitsweise des Bundesrates sehr viel reformbedürftiger sei als man – und insbesondere auch die Landesregierung selbst – bisher zugeben wollte. Diese Arbeitsweise war Ende der sechziger Jahre Gegenstand eines grossen Expertenberichts und blieb auch ein zentrales Problem im Rahmen der nachfolgenden Revision der Organisation der Bundesverwaltung. Zwar wurde dabei das bis anhin fast tabuisierte Axiom des Kollegialsystems und damit die knapp bemessene Zahl von Regierungsmitgliedern unangetastet gelassen. Und man verzichtete auch aus Gründen, vor allem der politischen (lies: Zauberformel-) Praktikabilität, auf die Einführung von «parlamentarischen Staatssekretären». Doch zeigten sich immerhin auch im Rahmen des herkömmlichen Regierungssystems erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten.

Indessen wurden selbst diese Mög-

lichkeiten letzten Endes offensichtlich zu wenig ausgeschöpft. Es blieb zum Beispiel bei der ungeschriebenen Regel, dass parlamentarische Kommissionen grundsätzlich im Beisein der zuständigen Bundesräte tagen. Was dies an Zeitaufwand bedeutet, kann nur wirklich ermessen, wer den «Berner» Betrieb aus eigener Erfahrung kennt. Es blieb aber auch bei der extremen Unflexibilität personalpolitischer Art im persönlichen Umfeld unserer Exekutivmitglieder. Abgesehen von der unter verschiedensten Aspekten problematischen Neuerung der «persönlichen Berater» hat es ein Bundesrat nicht in der Hand, seine engsten Mitarbeiter selbst auszuwählen, es sei denn, es gälte Vakanzen aus Altersgründen zu füllen. Einmal gewählte Chefbeamte bleiben dies an ein und derselben Stelle auf Lebenszeit, falls sie ihre Karriere nicht anderweitig fortsetzen wollen. Praktisch bedeutet dies, dass sich der Chef des

Departements mit seinem persönlichen Umfeld arrangieren muss und nicht etwa umgekehrt – ein Unikum, das weltweit seinesgleichen sucht.

Bundesrat Friedrich hat sich nach seiner Rücktrittserklärung zwar nicht in solchen Details, aber im Grundsatz deutlich artikuliert: So kann es im Grund nicht weitergehen. Die bittere Ironie des Schicksals liegt indessen darin, dass sich nach aller bisherigen Erfahrung trotz dieser weit verbreiteten Einsicht nicht viel ändern dürfte. Dieses System ruht dermassen «in sich selbst», dass es kaum von seinen hergebrachten Geleisen abzubringen ist – unter Hinweis auf den unbestrittenen Vorzug seiner traditionellen staatspolitischen Stabilität und unter stillschweigender Hinnahme fast übermenschlicher Belastungen seiner höchsten Mandatsträger, mit entsprechenden Einbussen an Effizienz der Regierungsleistung.

Richard Reich

Umstrittene Notenbankgewinne

Hinter den Kulissen der schweizerischen Wirtschaftspolitik geisterte die Frage, ob die Schweizerische Nationalbank ihre «fetten» Gewinne nicht an die Bundeskasse abtreten sollte, schon lange herum. Der «nahe-liegende» Gedanke, dass die Notenbank helfen solle, das Loch im Bundeshaushalt zu stopfen, ist nicht neu. Auch kantonale Finanzdirektoren wären froh, wenn sie auf die Notenbank zurückgreifen könnten. Die Notenbank selbst hatte sich bis vor

kurzem mit einer standhaften «Nur-über-meine-Leiche-Haltung» geweigert, zu einer solchen «Lösung» Hand zu bieten.

Was hat die *Kehrtwendung* der Notenbank in dieser Frage bewirkt? Darüber kann mangels verlässlicher Informationen vorläufig nur spekuliert werden. Tatsache ist jedenfalls, dass sie ihren Standpunkt revidiert hat und nun nicht mehr abgeneigt ist, den bedrängten öffentlichen Haushalten in einem limitierten Ausmass unter die

Arme zu greifen. Die Türe zum Notenbankschalter ist nun also für die Finanzminister offen. Ist diese «edle» Haltung von Gute? Beim Nachdenken drängt sich *Skepsis* in den Vordergrund. Weshalb?

Bisher galt, und dies aus guten Gründen, das Prinzip, dass die Notenbank ihren hohen Auftrag *ausserhalb* des politischen Schwerefeldes soll erfüllen können. Zahlreiche Beispiele lehren, dass die Zerstörung der Geldverfassung eines Landes durch die partielle oder völlige Aufhebung der Notenbankunabhängigkeit zu erklären ist. In der Geld-, Kredit- und Währungspolitik sollte der Sachverstand, die ökonomische Ratio, absolut dominieren. Die Rücksichtnahme auf politische Priorität kann, wie die Erfahrung lehrt, fatale Folgen haben. Deshalb war und ist es ein zentrales *liberales Anliegen*, dafür zu sorgen, dass die Notenbank nicht von den Wellen der Wirtschaftspolitik überspült wird. Sie hat, gemäss ihrem verfassungsmässigen Auftrag, ihren Weg selbst zu bestimmen, und dies möglicherweise gar in Opposition zur «offiziellen» Wirtschaftspolitik.

Gewiss, der Transfer von Teilen des Notenbankgewinns in die Kassen der öffentlichen Haushalte ist noch keine Katastrophe. Aber er kann zum Anfang einer Entwicklung werden, die, angetrieben von einer Eskalations-tendenz, in wenig verheissungsvolle wirtschaftliche Gefilde führt. Politiker haben in allen Ländern die Neigung, die Mittel, die, aus welchen Quellen auch immer, den öffentlichen Haushalten zufließen, auch *auszugeben*.

Die Begehrlichkeiten wachsen, wenn es sich einmal herumgesprochen hat, dass die Notenbank nicht mehr zugeknöpft ist, sondern eben mit sich reden lässt. Sollte die Schweiz von dieser Regel eine Ausnahme machen? Im Blick auf das Hick-Hack um die Sanierung der Bundesfinanzen wäre dies wohl eine kühne Annahme. Bereits hat der linkslastige Finanzminister zu verstehen gegeben, dass er sich mit 100 Mio. Franken Notenbankzustupf nicht zufrieden geben werde. Die Notenbank läuft Gefahr, zu einer normalen und bequemen Finanzquelle der öffentlichen Haushalte zu werden. Und von diesem Punkt zur Auffassung, dass sie dieser «Pflicht» ohne Rücksicht auf die Geldmengenwirkung, also auf die Inflationsträchtigkeit ihres Verhaltens, nachzukommen habe, ist dann nur noch ein kleiner Schritt.

Die öffentlichen Haushalte sollten mit den Mitteln auskommen, die der Souverän zu bewilligen bereit ist. Und die Notenbank sollte sich hüten, in die Rolle eines *Financiers* des Bundes und der Kantone hineinzurutschen. Es könnte sonst leicht passieren, dass sie sich im Netz der Zielkonflikte verhaspelt und dass sie – eben – vom Schwerefeld wirtschaftspolitischer Interessen erfasst wird, die mit der Erfüllung ihres Auftrages, für eine stabile Währung zu sorgen, kollidieren. Um keinen Zweifel an dieser Position aufkommen zu lassen, nahm die Notenbank der Schweiz bisher einen *strikten* Standpunkt ein. Ist sie nun *knieweich* geworden?

Willy Linder

Moskauer Interregnum?

Was ist der Entspannung günstiger – eine gefestigte Führung in Moskau oder ein Interregnum, eine Zeit der Führungsschwäche, der Machtkämpfe im Schatten eines Provisoriums? Tschernenko ist nach dem Breschnjew der späten Jahre, nach dem «erkälterten» Andropow der dritte Hinfällige in der Nachfolge Stalins und Chruschtschows. Dabei ist er im Alter, in welchem Konrad Adenauer zu regieren begann, in welchem General de Gaulle die Fünfte Republik gründete, in welchem Ronald Reagan – allerdings von offenbar geringerer Konzentrationsfähigkeit – erfolgreich um seine Wiederwahl kämpft. Doch die Mühe des Artikulierens, die Schwierigkeit sich zu bewegen, waren bei Tschernenkos Überreichen von Orden an Raumfahrer allzu evident.

Nach Stalins Tod wurde der Koreakrieg beendet, die Versöhnung mit Tito durchgeführt. Ein neuer Parteiführer kann sich weltpolitische Entkrampfung leisten – muss es vielleicht, so meinte man damals. Im gegenwärtigen Übergang frappiert umgekehrt die extreme Härte, verbunden mit Ungeschicklichkeiten im einzelnen. Das verlegene Leugnen des Abschusses des südkoreanischen Passagierjets, das nicht aufrechterhalten werden konnte, war ein Zeichen. Doch frappiert auch die von Gromyko verkörperte Kontinuität.

Es hat sich gezeigt, dass der Spielraum mindestens *eines* europäischen Blockpartners, der DDR, geringer war als der Widerstand der DDR-Presse gegen die Moskauer Angriffe mut-

massen liess – er wurde auch hier letzten Monat zu optimistisch eingeschätzt. In einem «*Spiegel-Gespräch*» hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eine einleuchtende Überlegung angestellt:

«Es hat sich zwischen Staaten in Westeuropa und Osteuropa in einer Reihe von Fällen eine höhere Qualität entwickelt, als sie zwischen den beiden Staaten in Deutschland zustandegekommen war. (...) Zwischen den in der Bundesrepublik Verantwortlichen und zum Beispiel den für Ungarn Verantwortlichen wird schon seit einer Reihe von Jahren intensiver über europäische Fragen und über internationale Fragen geredet, als dies zwischen Bonn und Ost-Berlin der Fall war.»

Dennoch, und darin ist ihm schwerer zu folgen, meint Willy Brandt, dass «auf Grund des Geschichtlich-Strukturellen eine grössere Affinität» zwischen beiden deutschen Staaten bestehe als etwa zwischen England und Frankreich. Die Frage ist: wann wird diese Affinität die politischen Konsequenzen haben, die sie sechsunddreissig Jahre lang nicht haben durfte?

Seltsam. Am Beginn der deutschen Ostpolitik im Kabinett Kiesinger-Brandt wurde die DDR ausgeklammert, der erste Schritt war die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Rumänien. Diese Ausklammerung brachte nichts. Diesmal – nicht aus Prinzip, sondern weil Moskau nicht ansprechbar ist – wurde umgekehrt die Sowjetunion ausgeklammert; dieser andere Weg – der deutschen «Verantwortungsgemeinschaft» – er-

wies sich durch Erich Honeckers Absage des Besuchs als gleichfalls nicht gangbar.

Die Absage hatte keinesfalls mit der Rede eines bundesdeutschen Politikers (Dregger) zu tun. Diese Art von Empfindlichkeit wird vorgespielt, wenn es nützlich ist, und vergessen, wenn das den Interessen entspricht. Der Staatsratsvorsitzende wollte in die Bundesrepublik kommen und durfte nicht. Nun lernte er die Zwänge der «begrenzten Souveränität» kennen, die auch Breschnjew-Doktrin genannt wird. Der empfindliche Prestigeverlust darf aber nicht einmal angedeutet werden. Von Führungsschwäche im Kreml war bei diesem Anlass nichts zu bemerken.

Ein anderes Zeichen für grössere Härte ist die Behandlung des Ehepaars Sacharow. Der miserabel zusammengestückelte Film, der das Wohlbefinden des Physikers beweisen soll, spricht für die Plumpheit der NKWD-Operation, die sich wie gewohnt des Journalisten Victor Louis bediente. Man hörte keinen Ton, wenn sich Sacharows Lippen bewegten, seine einzige Sorge – sagte der Kommentator – sei die Gewichtszunahme wegen seines starken Appetits. «*Die Bunte*» wurde ihm überreicht, als wäre Sacharow auf deren Lektüre erpicht. Das ist nicht nur Ungeschick, sondern zeigt tiefe Verachtung für die westlichen Medien und ihre Leser und Zuschauer, für die dieses «Dokument» gut genug war.

Doch hat sich die Sowjetführung gegen eine Person von solchem internationalen Bekanntheitsgrad seit Stalins Tod niemals so benommen. Solchenizyns Ausschaffung wirkt im Vergleich wie eine humanitäre Geste.

Die Herausforderung beweist, dass die Sowjetführung nicht die Herzen gewinnen, sondern einschüchtern will. Extreme Willkür – es gab nie einen Prozess gegen Sacharow – wird demonstriert. Doch ist Machtentfaltung – wenngleich nicht im Sinn des «Diskurses» – ein starkes Argument.

Nicht, dass nunmehr in ihrem Vorfeld alles nach dem Willen der Sowjetführung ginge! Die Haftentlassung der «Politischen» in Polen kontrastiert mit der Verfolgung der Opponenten in der Sowjetunion in solchem Mass, dass von einer relativ selbständigen, tolerierten Politik Jaruselskis gesprochen werden kann. Noch ist Polen nicht «normalisiert».

Eigenartig, vor welche undurchdringlichen Geheimnisse uns im Zeitalter der Verkabelung und der vervielfachten Kommunikation das Regime einer Supergrossmacht stellt. In dieser Hinsicht – nicht nur in dieser – hat sich die Sowjetunion weniger gewandelt als die wechselnden Deutungen. Die bleiben allesamt Mutmassungen und werden immer wieder von den Ereignissen, vom «Leben selber», wie die Russen gerne sagen, Lügen gestrafft.

Andrej Gromyko dürfte in seiner langen Amtszeit schon mit sieben Präsidenten der Vereinigten Staaten gesprochen haben. Die angekündigte Begegnung mit Ronald Reagan ist dennoch nicht Routine. Sie beweist, dass in Moskau mit dem Wahlsieg des Amtierenden gerechnet wird. Solange Ungewissheit herrschte, wollte die sowjetische Regierung Reagan nicht diese Wahlhilfe – denn das ist es – gönnen. Stattdessen mag es als der günstigste Moment gelten, um vom Präsidenten, der eben jetzt das

«Image» des Friedenspolitikers braucht, etwas zu erlangen.

Wie ist das? Bonn darf keinen Besuch aus der DDR und aus Bulgarien empfangen, sondern wird wegen der Nachrüstung «bestraft». Wenn Entspannung wieder aktuell wird, so

nimmt der Kreml sie in eigene Regie und braucht keinen Dialog zwischen den Kleinen. Damit wird die ferngesteuerte Absage Honeckers und Schiwkows für die Betroffenen noch demütigender. Quod licet Jovi . . .

François Bondy

